

IRAN

Lernen, die Bombe zu lieben



Staatsdoktrin Antisemitismus: Im Iran wird der Juden Hass nach wie vor von institutioneller Seite aufgestachelt. (Foto: Internet)

Über die Notwendigkeit eines Atomprogramms sind sich Hardliner und "Reformer" im Iran längst einig. Nur über Nuklearwaffen wird noch diskutiert. Der gemeinsame Hauptfeind heißt in jedem Fall Israel.

Die europäischen Politiker lassen sich nicht beirren. Mag der iranische Präsident Mahmoud Ahmadinejad damit drohen, Israel zu vernichten, und den Holocaust leugnen, oder der Iran sein Programm zur Anreicherung von Uran wieder aufnehmen - nicht nur der österreichische Bundeskanzler und EU-Ratsvorsitzende Wolfgang Schüssel setzt weiter auf "Kräfte der Vernunft" im Iran. Doch wo soll man die finden, nachdem die von der EU so lange hofierten "Reformkräfte" um Muhammad Khatami nicht die gewünschten politischen Erfolge herbeigeführt haben und fast alle Schaltstellen der Macht von "Konservativen" und Hardlinern besetzt worden sind?

Allerdings zeigt gerade das iranische Atomprogramm, dass die Unterscheidung zwischen "Reformern" und Hardlinern nur bedingt tauglich ist. Denn ungeachtet aller internen Differenzen und Querelen gibt es keine Fraktion in der offiziellen iranischen Politik, die die Grundlagen des islamistischen Regimes anzweifeln würde.

Ganz wie die heutigen Machthaber beteuerte auch der vormalige Präsident und "Reformer" Khatami, dass der Iran den Besitz von Atomwaffen nicht anstrebe, und verteidigte zugleich das Nuklearprogramm als ein "nationales Recht". Auch in seiner Amtszeit betrieb der Iran jahrelang ein Katz- und Mausspiel mit den Inspektoren der Internationalen Atombehörde, und immer wieder tauchten Hinweise auf ein heimliches Atomwaffenprogramm auf.

Erst kürzlich bekannte sich der damalige Leiter der iranischen Verhandlungsdelegation, Hussein Mussavian, in einem Fernsehinterview zu der bewährten iranischen Hinhaltenaktik: "Dank der Verhandlungen haben wir ein Jahr gewonnen, in dem wir die Konversionsanlage in Isfahan fertig stellten." Gemeint waren die Gespräche, die Großbri-

tannien, Frankreich und Deutschland im Namen der EU mit dem Iran führten.

Dass dort nun ein Präsident amtiert, der ebenso wie die Mehrheit des Parlaments zu den konservativen bis radikalen "Prinzipientreuen" der so genannten islamischen Revolution gehört, bedeutet allerdings nicht, dass ein völlig einheitlicher Machtblock existiert. So musste es Ahmadinejad als erster Präsident der Islamischen Republik überhaupt hinnehmen, dass das Parlament einige seiner Kandidaten für Ministerämter durchfallen ließ.

Kein einheitlicher Machtblock

In den vergangenen Jahren sind eine Reihe von Figuren aus den paramilitärischen Revolutionsgarden, den Pasdaran, in alle wichtigen politischen Gremien aufgestiegen. Dies hat zu einer erheblichen Militarisierung des Machtapparats geführt. Bis zur Präsidentschaftswahl im Juni letzten Jahres unterstützte der oberste religiöse Führer Ali Khamenei diese Entwicklung. Doch als mit Ahmadinejad erstmals ein Nichtkleriker zum Präsidenten gewählt wurde, der ebenfalls eine Karriere als Kommandeur der Pasdaran hinter sich hatte, befürchtete Khamenei wohl, dass der Klerus an Einfluss verliert.

Er reagierte darauf, indem er die Befugnisse des Schlichterrats, der höchsten Vermittlungsinstanz, und des Vorsitzenden Hashemi Rafsanjani stärkte. Er übertrug einen Teil seiner eigenen Kompetenzen auf dieses Gremium, insbesondere die Aufgabe, die "Art der Realisierung der allgemeinen Politik des Staates" zu bestimmen und die "drei Gewalten zu kontrollieren". Damit stieg Rafsanjani zum zweitmächtigsten Mann im Gottesstaat auf, der in der Hierarchie nun über Präsident Ahmadinejad steht. Zugleich berief Khamenei auch

"Reformer" wie den früheren Präsidenten Khatami in den Schlichterrat.

Bei diesen Maßnahmen, die im Übrigen vor Ahmadinejads antisemitischen Tiraden stattfanden, ging es jedoch keineswegs um eine politische Stärkung der "gemäßigten" Kräfte. Beobachter wie der oppositionelle Intellektuelle Mohsen Sazegara sehen darin vielmehr ein Indiz dafür, dass nicht nur zwischen den konservativen Mullahs und dem Pasdaran-Flügel ein Machtkampf tobt, sondern auch zwischen verschiedenen Gruppen der Mullahs.

Die betätigen sich nicht zuletzt auch als Rackets mit handfesten ökonomischen Interessen. Das gilt vor allem für Rafsanjani, dessen Clan ein gigantisches Handelsimperium aufgebaut hat und mit gleich zwei von seinen Töchtern gegründeten, technokratisch orientierten Parteien im Parlament vertreten ist. In der Bevölkerung aber ist er als korrupt und ausbeuterisch verhasst, weshalb Ahmadinejad mit seinen sozialpolitischen Versprechen und der fundamentalistischen Parole von der "Rückkehr zu den Werten der islamischen Revolution" es nicht allzu schwer hatte, sich bei den Präsidentschaftswahlen gegen ihn durchzusetzen.

Sicher existiert ein gewisses Konfliktpotenzial zwischen "pragmatischen" Mullahs wie Rafsanjani einerseits, die an guten Geschäften mit westlichen Staaten inte-

ressiert sind, und der mit Khameneis Hilfe aufgerückten Elite der Revolutionsgarden andererseits, die an einer ideologisch harten Linie festhalten.

Michael Rubin vom "American Enterprise Institute" weist darauf hin, dass diese auch in viele Führungspositionen der "revolutionären Stiftungen" vorgedrungen sind, die unter anderem den Auslands- und den Währungshandel monopolisieren. Von dort aus versuchen sie schon mal, lukrative Geschäfte wie die Vergabe des Betriebs von Telefonnetzen oder des Teheraner Flughafens an ausländische Firmen zu verhindern. Gleichzeitig kontrollieren sie auch das Atomprogramm und die meisten rüstungstechnischen Projekte.

Antisemitische Staatsdoktrin

Dabei ist das Atomprogramm keine originäre Idee der Mullahs, sondern geht auf den Schah zurück. Zu seinen Befürwortern gehören nicht nur alle Fraktionen des Machtapparats, sondern auch Angehörige der säkularen Exilopposition. Die mögliche Entwicklung von Atomwaffen durch das Regime der Mullahs bedeutet allerdings eine ganz andere Qualität, vor allem wenn man die israel- feindliche und antisemitische Staatsdoktrin ernst nimmt.

Dafür, dass sie ernst gemeint ist, stehen nicht nur die als "Hardliner" eingestufen

Kräfte um Ahmadinejad. Der "Reformer" Khatami hat in einem Interview des Schweizer Fernsehens noch im Jahr 2004 explizit das Existenzrecht Israels bestritten. In derselben Diktion wie nun Ahmadinejad sprach er 1998 in einer Predigt zum "al-Quds-Tag" von Israel als einer "nicht heilbaren Wunde im Körper des Islam".

Und Rafsanjani, der als Befürworter einer "gemäßigt pragmatischen" Linie hierzulande das Wohlwollen einiger Mullah-Astrologen aus deutschen außenpolitischen Thinktanks genießt, hat als bislang einziger hochrangiger iranischer Politiker offen mit der Atombombe gegen Israel gedroht. Bei einem Treffen mit Khaled Mashaal, dem politischen Führer der palästinensisch-islamistischen Hamas, verkündete er vor wenigen Wochen: "Die Tage der Zionisten sind gezählt."

Dazu passt, dass der Iran nach Angaben von Hamid Reza Assefi, Sprecher des Außenministeriums, eine Konferenz plant, um das "Ausmaß" des Holocaust zu bewerten. Informationen der Nachrichtenagentur AKI zufolge will der "Verband islamischer Journalisten im Iran" demnächst eine ähnliche, internationale Konferenz in Teheran abhalten, auf der über den "Wahrheitsgehalt der Version, die die Europäer und Zionisten über den Judenmord während des großen Krieges verbreitet haben", debattiert werden soll. Ob zu der Konferenz so illustre "Holocaustforscher" wie der französische Revisionist Robert Faurisson ("Es gab keine Gaskammern") eingeladen werden, stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

Udo Wolter

Avis

Ministère des Travaux publics

Administration des Bâtiments Publics

Division des Travaux Neufs

Avis d'adjudication

Ouverture de la soumission: **vendredi 10 mars 2006 à 10:00 heures**, Administration des bâtiments publics, 10, rue du Saint-Esprit, L-1475 Luxembourg.

Lycée du Nord Wiltz - phase II

Objet: **fourniture et installation d'équipements spéciaux**

Lot: **Fourniture et installation d'équipements spéciaux pour atelier de menuiserie**

- 1 machine CNC
- Divers machines du travail du bois
- 45 établis de travail pour le bois
- Divers mobilier et petit outillage
- 1 installation d'extraction de copeaux sur les machines d'ateliers
- 1 machine à briquettes
- 1 installation d'extraction de copeaux sur les établis
- 1 cabine de peinture

1 installation de séchage pour le bois

La durée des travaux est de 20 jours ouvrables à partir du 2ème semestre 2006.

Lot: **Fourniture et installation d'équipements spéciaux pour ateliers mécanique et soudage**

- 1 machine CNC
- Divers machines du travail des métaux
- Divers mobilier et petit outillage
- 16 cabines de soudage avec extraction et postes de soudage
- 7 postes de soudage MIG-MAG
- 1 machine d'oxycoupage
- 1 installation de distribution de gaz
- Distribution gaz et câblage des équipements de détection gaz

La durée des travaux est de 30 jours ouvrables à partir du 2ème semestre 2006.

Date limite d'obtention des documents: 03/03/2006

Conditions d'obtention et mode de paiement des documents contractuels/additionnels:

Les intéressés sont tenus d'introduire leur candidature écrite au minimum 24 heures avant de retirer le dossier de soumission à l'Administration des Bâtiments publics "Soumissions" Boîte Postale 112 L-2011 Luxembourg Télécopieur: 46 19 19 - 555

Les document contractuels et additionnels sont disponibles du lundi 23.1.2006 au 3.3.2006.

Il ne sera procédé à aucun envoi de bordereau

Les offres portant l'inscription "Soumission pour équipements spéciaux ... dans l'intérêt du Lycée du Nord à Wiltz - phase II" sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Date d'envoi du présent avis au Journal Officiel de l'U.E.: 16/01/2006

Luxembourg, le 13 janvier 2006
Le ministre des Travaux publics,
Claude Wiseler

Udo Wolter ist freier Journalist und lebt in Berlin.